

Mikhail Kaluzhsky

Kunst in Russland: Chronik einer verlorenen Freiheit

Die Möglichkeit, sich in der Kunst frei und kritisch zu äußern, hat in Russland in den letzten Jahren markant abgenommen. Zu verdanken ist diese Entwicklung einer losen Allianz von orthodoxen Aktivisten, staatlichen Stellen und vereinzelt Vertreten der Russischen Orthodoxen Kirche. Durch Änderungen der Gesetzgebung führt die Regierung heute einen „hybriden Krieg“ gegen Andersdenkende, Oppositionelle und Künstler, der zunehmend zur Selbstzensur führt. – N. Z.

Am 5. April 2015 versammelten sich rund 4000 Einwohner in Novosibirsk vor der Oper. Die Demonstranten trugen Plakate mit Aufschriften wie: „*Nein zur Zensur!*“, „*Russland ist ein säkularer Staat*“, „*Behaltet Eure Religion für euch*“, „*Jeder hat das verfassungsmäßige Recht auf künstlerische Freiheit*“, „*Kafka beneidet uns*“ und „*Diktier mir nicht, was ich schaue*“. In einer Resolution forderten sie, keine Zensur zuzulassen, Änderungen im Art. 148 des Strafgesetzbuchs („Verletzung des Rechts auf Gewissens- und Glaubensfreiheit“, besser bekannt als Artikel „über die Verletzung religiöser Gefühle“), den Rücktritt des russischen Kulturministers Vladimir Medinskij, den Rücktritt des erst gerade eingesetzten Operndirektors Vladimir Kechman sowie die Wiederaufnahme der Oper „Tannhäuser“ von Richard Wagner ins Repertoire. Die Novosibirsker Kundgebung „Für die Schaffensfreiheit!“ war eine einzigartige Protestaktion im heutigen Russland, ein einmaliger Massenauftritt zum Schutz der Meinungsfreiheit und des säkularen Staats. Ihre Einzigartigkeit rührte von der Situation, die um die Premiere von „Tannhäuser“ am Novosibirsker Opern- und Ballettheater im Dezember 2014 entstanden war.

Was ist in Novosibirsk vor vier Jahren passiert und warum ist es bis heute wichtig? Der Skandal um die Aufführung der Wagner-Oper markierte den Anfang eines neuen Trends im Kampf von Klerikalisten gegen die Freiheit der Meinungsäußerung. In diesen vier Jahren hat der Trend endgültig Form angenommen und an Kraft zugelegt.

Orthodox-patriotischer Aktivismus vor 2014

Die nun folgende Analyse der Art und Weise, wie konservative Kräfte die Meinungsfreiheit unter dem Vorwand des Schutzes der „Gefühle Gläubiger“ einzuschränken versuchten, erfordert eine wichtige Vorbemerkung: Das auffälligste Ereignis in der Konfrontation zwischen Kunst und religiösen Fundamentalisten bleibt die Aktion der Punkgruppe *Pussy Riot* „Mutter Gottes, vertreibe Putin!“ am 21. Februar 2012 in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale (s. RGOW 3/2013, S. 20–21). Der Strafprozess gegen die Mitglieder der Punkgruppe und ihre Haftstrafe zogen die Aufmerksamkeit von Massenmedien aus der ganzen Welt auf sich. Die folgende starke Polarisierung in der russländischen Gesellschaft hat insbesondere dazu geführt, dass die massive Aggression Konservativer gegen die Freiheit der Meinungsäußerung als Reaktion auf *Pussy Riot* wahrgenommen wird. Doch natürlich hat der Kreuzzug derer, die man Klerikalisten nennen kann, gegen die Freiheit des Schaffens viel früher begonnen.

Mit „Klerikalisten“ oder „orthodoxen Fundamentalisten“ meine ich eine große Gruppe gesellschaftlicher Organisationen, staatlicher Akteure und einzelner Amtsträger der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), die keine einheitliche ideologische Plattform teilen, aber in ihren politischen Einstellungen übereinstimmen. Diese werden von der Vorstellung „traditioneller Werte“, dem Schutz der Orthodoxie vor äußeren religiösen und politischen Bedrohungen und Reichspatriotismus zusammengehalten. In ihrer Mehrheit sind sie loyal zum Kreml, Kritik am politischen Regime empfinden sie als Angriff auf die Grundmauern des Staates. Bis vor kurzem hatten die Klerikalisten kein klares ästhetisches Programm, aber seit der Gründung des *Russischen Kunstverbands* im Mai 2017 sind die Ansichten der Fundamentalisten ausformuliert. Laut den Gründern ist der Verband dazu berufen „*die Interessen Russlands und traditionelle Werte in allen Sphären der Kultur zu schützen*“ und seine Aufgabe besteht in der „*Bildung einer nationalen Identität mit den Mitteln der Kunst. Die Schaffung und Entwicklung einer zeitgenössischen künstlerischen Industrie auf der Grundlage der Vereinigung patriotischer Kräfte. In ihrer Funktion als emotionale Vermittlerin der Tradition und sozialer Erfahrung verfügt die Kunst über gewaltige Wirkungskraft auf das Bewusstsein der Menschen. Als Visitenkarte der Nation in jeder Epoche erscheint der Hohe Stil. In ihm konzentrieren sich Ideale, Wissen, lebensfähige Philosophie und technologisches Niveau.*“¹ Die Gründung des Kunstverbands ist letztlich das gesetzmäßige Ergebnis eines langjährigen Kampfes gegen Andersdenken und politische Kritik in der künstlerischen Sphäre.

Zur Strafverfolgung von Künstlern für das „Schüren von religiösem Hass“ (Art. 282 des russischen Strafgesetzes) kam es vereinzelt schon zu „vegetarischen“ Zeiten,² als die Notwendigkeit der Verteidigung der Meinungsfreiheit noch exotisch anmutete: der Staat hatte die Medien noch nicht unter seine Kontrolle gebracht, der Kreml und die regionalen Behörden konnten offen kritisiert werden und Kunstschaffende ohne Rücksicht auf allgegenwärtige Eiferer der gesellschaftlichen Sittlichkeit arbeiten. Nichtsdestotrotz wurde das erste Strafverfahren aufgrund von Art. 282 gegen einen Künstler in der neuesten Geschichte Russlands schon 1998 angestrengt, nämlich gegen Avdej Ter-Oganjan nach der Aktion „Der junge Atheist“. Im Jahr 2000 wurde nach der Performance „Glaub deinen Augen nicht“ ein Verfahren gegen Oleg Mavromati eröffnet (ebenfalls aufgrund von Art. 282). Diese Verfahren wurden auf



2015 demonstrierten rund 4000 Einwohner von Novosibirsk vor der Oper, in der die umstrittene „Tannhäuser“-Inszenierung aufgeführt worden war, für die Freiheit der Kunst. Foto: Vera Salnitskaya

Initiative von einzelnen Aktivisten, die „traditionelle Werte“ hüten, und Organisationen mit orthodox-konservativer Ausrichtung angestrengt. 2003 griffen „orthodoxe Aktivisten“ mit Verbindungen zum *Allrussischen Volkskonzil* die Ausstellung „Achtung Religion!“ im Moskauer Sacharov-Zentrum an und zerstörten einen Teil der Exponate. Das Gericht sprach sie frei. Vier Jahre später wurden Andrej Jerofejev und Jurij Samodurov, die Kuratoren der Ausstellung „Verbotene Kunst 2006“, ebenfalls im Sacharov-Zentrum, aufgrund Schürens religiösen Hasses verurteilt (s. RGOW 1/2013, S. 24–25). Die russische Gesellschaft nahm diese Prozesse kaum wahr, was sowohl den Klerikalen als auch dem Kreml nützte, der zu dieser Zeit aktiv mit der Bekämpfung Andersdenkender begann.

Kirchliche Vertreter traten jedoch nur gelegentlich in Zusammenhang mit dem einen oder anderen Werk oder Ereignis auf. Der typische Hauptakteur der Epoche „vor Tannhäuser“ war ein Krawallmacher-Aktivist, der dem Ruf seines Glaubens und Gewissens folgend gegen die öffentliche Demonstration frevlerischer Praktiken und Beleidigung der Orthodoxie auftrat. Zur Personifikation dieser aktivistischen Praxis wurden nicht gesichtslose Opas in den immer gleichen Kostümen, Vertreter des *Allrussischen Volkskonzils* oder ideologisch ähnlich gearteter Organisationen, sondern ein energischer junger Mann in Jeans, gleichermaßen auf der Straße wie auch in den sozialen Netzwerken aktiv. Der junge Mann hieß Dmitrij Zorionov, nannte sich aber „Enteo“. Die spirituelle Suche des Jugendlichen aus einer begüterten Familie führte ihn zu einer radikalen Version der Orthodoxie. Enteo und seine Mitstreiter der Bewegung *Gottes Wille* erhielten mit der Intensität ihrer provokativen Aktionen mediale Aufmerksamkeit. Die erste sichtbare Aktion Enteos fand am 27. August 2012 statt, als Mitglieder von *Gottes Wille* ins *Teatr.doc* eindringen und versuchten, eine Aufführung über *Pussy Riot* zu vereiteln. Am 14. Dezember 2012 versuchten Enteo und seine Mitkrieger die Eröffnung der Fotoausstellung „Nach Russland mit Liebe“, die gleichgeschlechtlichen Familien gewidmet war, im Sacharov-Zentrum zu stören. Sie versuchten, Fotografien zu zerreißen, und riefen die Besucher auf, Buße zu tun. Darauf folgten die Vereitelung – gemeinsam mit „Kosaken“ und Mitarbeitern der Föderalen Migrationsbehörde – der dokumentarischen Inszenierung „Moskauer Prozesse“ im Sacharov-Zentrum im März 2013, der Versuch, die Aufführung des Stücks „Der

ideale Ehemann“ in der Inszenierung von Konstantin Bogomolov im Moskauer Künstlertheater zu sabotieren, der Angriff – gemeinsam mit der Polizei – auf den Umzug der Moskauer Pastafaris,³ der Angriff auf einen Mitarbeiter des Gulag-Museums, der Angriff auf eine Ausstellung im Moskauer Kunstzentrum *Vinzavod* und viele andere. Die offene Störung der gesellschaftlichen Ordnung konnte Enteo nichts anhaben – bis zum Angriff auf eine Ausstellung in der Moskauer Manege am 14. August 2015, wo die Aktivisten von *Gottes Wille* Skulpturen Vadim Sidurs beschädigten (s. RGOW 9/2015, S. 5). Gegen Enteo wurde ein Strafverfahren aufgrund der Zerstörung von Kulturgütern angestrengt, aber später eingestellt – er kam mit zehn Tagen Arrest davon.

Es scheint, als sei die provokative Aktivität Enteos damals sogar seinen Verbündeten aus der ROK anrühlich erschienen. Zudem veränderte sich durch eine interessante Koinzidenz gerade in diesem Moment die Taktik der Klerikalen im Kampf gegen die Kunst. Ich bin allerdings weit davon entfernt, an die Version eines konspirativen Zentrums zu glauben, das die Handlungen aller zahlreichen Fundamentalisten koordiniert. Höchstwahrscheinlich muss von einer kumulierten Erfahrung und einem veränderten politischen Kontext gesprochen werden. Doch ein gewisses Bündnis orthodox-patriotischer Aktivisten mit dem Kreml, der inzwischen eine äußerst harte Position im Verhältnis zu Regime-Kritikern eingenommen hatte, kam zustande. Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine begann die Führung der ROK, den Kreml offen zu unterstützen. Und diese Allianz ist nicht nur das Resultat der berühmt-berüchtigten „konservativen Wende“ der russländischen Gesellschaft. Es geht dabei weniger um Ideologie als um den Kampf um Macht und Ressourcen, in dem sich die einander nahestehenden Anführer des Staates und der Kirche vereint haben: man darf nicht vergessen, dass der treue Begleiter der Außenpolitik des Kremls, Patriarch Kirill, weder seine Arbeit für den KGB noch seine Beteiligung an Geschäften, die mit kirchlichen Importprivilegien verbunden sind, bestreitet.⁴

Die Staatsanwaltschaft gegen Wagner

Um die neue Strategie der Klerikalen gegen die Meinungsfreiheit zu verstehen, und warum es gilt, ihren Ursprung nicht beim Fall *Pussy Riot* anzusetzen, kehren wir nach Novosibirsk im Winter 2014 zurück: Die Premiere der Wagneroper „Tannhäuser“ in der Inszenierung des Novosibirsker Regisseurs Timofej Kuljabin fand am 20. Dezember 2014 statt. Kuljabin übertrug die Handlung der Oper in die Gegenwart und machte Heinrich Tannhäuser zu einem Regisseur und Urheber des (erfundenen) Films „Die Venusgrotte“ über die verlorenen Jahre des Lebens Jesu. Auf dem Werbeplakat des Films ist die Kreuzigung abgebildet. Beim Publikum und den Kritikern kam die Inszenierung sehr gut an, aber schon im Januar reichte der damalige Metropolit von Novosibirsk und Berdsk, Tichon (Emeljanov), eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft der Oblast Novosibirsk ein.⁵ Tichon selbst hatte die Oper nicht gesehen, erklärte aber, dass in der Inszenierung kirchliche Symbolik zweckentfremdet würde, und das empöre die Gläubigen. Die Staatsanwaltschaft eröffnete administrative Verfahren aufgrund der „Entweihung von Gegenständen religiöser Verehrung“ gegen Kuljabin und den Operndirektor, Boris Mesdritsch. Das reichte aber nicht. Die Eparchie Novosibirsk wandte sich an den



Mitglieder der Punkgruppe Pussy Riot bei ihrer Performance in der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau 2012. Foto: Keystone

Föderalen Sicherheitsdienst (FSB) (und an die Generalstaatsanwaltschaft, den Ermittlungsausschuss und den Rechnungshof) mit der Bitte, die Inszenierung zu beurteilen. Es folgten ein Verfahren gegen Mesdritsch und Kuljabin, Demonstrationen von orthodoxen Gläubigen vor dem Theater mit den Parolen „Nieder mit dem Majdan!“ und „Nieder mit der halbamerikanischen Okkupation“, eine gemeinsame schriftliche Rüge der Operaufführung seitens des Metropoliten und der Muftis und Rabbiner von Novosibirsk, die Einmischung der Staatsanwaltschaft, die Anordnung des Kulturministeriums, das Theater einer Finanzüberprüfung zu unterziehen, die Entlassung des Operndirektors Mesdritsch auf Befehl des Kulturministers Vladimir Medinskij und die Entfernung von „Tannhäuser“ vom Spielplan (s. RGOW 4–5/2015, S. 4–5).

Damit hat die Kirche erstmals in der Geschichte des post-sowjetischen Russland öffentlich die Sicherheitsdienste aufgefordert, offiziell zu einem weltlichen Kunstwerk Stellung zu beziehen, das mit Geldern des föderalen Budgets in einer staatlichen Kultureinrichtung geschaffen wurde. Es war der erste Fall, in dem eine Eparchie der ROK, klerikalistische Aktivisten, das föderale Kulturministerium und die Staatsanwaltschaft einer Oblast gemeinsam handelten, um eine Aufführung zu verbieten und ihre Urheber einer Strafuntersuchung zu unterwerfen.

Die Reaktion auf diesen damals einzigartigen Vorfall war ein Massenprotest der Novosibirsker. Aber die Demonstration „Für die Schaffensfreiheit!“ wurde von den Behörden schlicht ignoriert. „Tannhäuser“ verschwand aus dem Repertoire, und die nächste Saison eröffnete die Novosibirsker Oper mit dem Oratorium „Fürst Vladimir“, verfasst von der Frau des örtlichen Priesters. Von diesem Moment an war offensichtlich, dass die Fundamentalisten im Bereich der säkularen Kunst alles tun können, was ihnen bequem ist.

Nunmehr sollte sich niemand mehr über die Versuche, den Film „Matilda“ von Aleksej Utschitel’ zu verbieten, wundern (s. RGOW 11/2017, S. 3). Im Skandal um „Matilda“ wurden alle Mittel eingesetzt: Bischof Tichon (Schevkunov) thematisierte die Glaubwürdigkeit der historischen Ereignisse, Metropolit Ilarion (Alfejev) sprach von der „Plumpheit“ des Films, die Duma-Abgeordnete Natalja Peklonskaja berichtete über die Beleidigung ihrer religiösen Gefühle, orthodoxe Aktivisten der Bewegung *Sorok sorokov* versammelten sich, um vor Kinos Wache zu stehen, und alles endete mit telefonischen Drohungen und Brandstiftung.

Ebenfalls muss sich niemand über den Fall Kirill Serebrennikovs wundern, der mit einer Anklage finanzieller Art konfrontiert ist, hinter dessen Verfolgung aber möglicherweise derselbe Bischof Tichon steht.⁶ Die Aufzählung könnte mit weniger bekannten Fällen verlängert werden. „Zensur“ ist das passende Wort. Aber nicht doch – die Zensur ist ja in Russland durch Art. 29 der Verfassung verboten. Was also ist es dann?

Hybrider Krieg an der künstlerischen Front

Mir fehlt einerseits eine ausreichende Grundlage, um zu behaupten, dass die Einschränkung der Möglichkeiten für Künstler, sich frei und kritisch auszudrücken, durch eine einheitliche und straff koordinierte Politik motiviert sind. Andererseits sind die Bedingungen für eine solche Politik bereits geschaffen worden und jeder kann wegen künstlerischer Aussagen, insbesondere in einer staatlichen Kultureinrichtung, zu Schaden kommen. Ja, Zensur ist verboten, aber in den letzten Jahren haben die russischen Behörden verschiedener Ebenen ausgezeichnet gelernt, die Meinungsäußerungsfreiheit einzugrenzen, was die Arbeit der Massenmedien, kultureller Institutionen und einzelner Kunstschaffender ernsthaft beeinflusst. Die Vermischung verschiedener repressiver Praktiken bei Beibehaltung einer Rhetorik der „Gesetzeshoheit“ erinnert unweigerlich an den „hybriden“ Krieg, den Russland im Osten der Ukraine führt: nein, wir sind für die Einhaltung der Gesetzlichkeit, nein, wir sind nicht dort, nein, wir leisten humanitäre Hilfe.

Zusammenfassend gesprochen schränken die russischen Behörden, die föderalen wie die regionalen, die Meinungsäußerungsfreiheit mittels mehrerer offensichtlicher Instrumente ein. Besonders wichtig ist, dass formal keines dieser Instrumente gegen die künstlerische Freiheit per se gerichtet ist. Jedes von ihnen ist Teil eines allumfassenden Angriffs auf Bürgerrechte sowie auf die politische und ideelle Opposition. Üblicherweise wird keines von ihnen allein benutzt, sie lassen sich ausgezeichnet kombinieren. Zu diesen Instrumenten gehören direkter Druck, die Mobilisierung von Unterstützungsmassen sowie finanzieller Druck. Aber das wichtigste Instrument bei der Erschaffung der „Zensur ohne Zensur“ ist natürlich die Gesetzgebung.

In den letzten Jahren hat die Staatsduma mehrere neue Gesetze verabschiedet, von denen jedes für sich zur Einschränkung der Meinungsfreiheit benutzt werden kann. Alle diese Gesetze gründen mehr oder weniger auf verschiedenen Interpretationen der Idee der „Sicherheit“, der physischen wie auch der ideologischen. Besonders wichtige Ausformungen dieser neuen Gesetzgebung sind folgende:

Das 2010 verabschiedete und danach mehrmals ergänzte Gesetz „Über den Schutz von Kindern vor Informationen, die ihrer Gesundheit und ihrer Entwicklung Schaden zufügen“. Dieses Gesetz verbietet die Verbreitung von für Kinder „schädlichen“ Materialien, „die bei Kindern Angst, Entsetzen und Panik hervorrufen können“ oder die Gewalt, illegale Tätigkeiten, Selbstschädigung, Drogenmissbrauch und „Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen“ beschreiben, dabei geht es um Fernsehsendungen, Filme, Bücher und Medien. Das Gesetz hat ein obligatorisches System von Altersempfehlungen für das Fernsehen und das Internet eingerichtet sowie zur Zusammenstellung einer Liste verbotener Websites geführt.

Ein Paket von Gesetzen und Gesetzesänderungen, das die Informationsverbreitung im Internet begrenzt (von der Einführung eines Registers verbotener Internetseiten 2012 und dem „Anti-Piraterie“-Gesetz 2013 über das kürzlich aufgetauchte Gesetzesprojekt „Über ein autonomes Internet“).

Eine Anpassung von Art. 148 des Strafgesetzbuchs 2013 über „öffentliche Handlungen, die eine offenkundige Respektlosigkeit gegenüber der Gesellschaft ausdrücken und mit dem Ziel der Beleidigung der religiösen Gefühle von Gläubigen durchgeführt werden“. Praktisch verbieten diese Änderungen jegliche kritische Äußerung gegenüber jeder Religion.

Diese Liste ist bei weitem nicht vollständig. Hier könnte man auch die Gesetze über ausländische Agenten und unerwünschte Organisationen, die neuen Regeln für den Filmverleih und eine Vielzahl anderer Akte, Regeln und Regulierungen erwähnen.

Im heutigen Russland ist es leicht, zu verbieten. Jede künstlerische Initiative, die von Fundamentalisten – oder dem Staat – als zu freiheitsliebend oder kritisch eingestuft wird, kann auf völlig legaler Basis gestoppt werden. Und vielleicht das wichtigste: es ist nicht so sehr die Anwendung von Zensurmaßnahmen, sondern die mit diesen Mitteln erzeugte gesellschaftliche Atmosphäre. Die Selbstzensur wird zu einer immer weiter verbreiteten Erscheinung. Am Tag, als ich diesen Text beendete, sagte das Museum *Finnische Tore* in Kaliningrad dem Moskauer *Teatr.doc* unerwartet die Aufführungserlaubnis für die dokumentarische Inszenierung „Kantgrad“ von Anastasija Patlaj und Nana Grinstein ab, obwohl die Karten für beide Aufführungen schon verkauft waren.⁷ Der Museumsdirektor bekam es mit der Angst zu tun, weil in „Kantgrad“ Elemente aus den Memoiren von Michael Wiecks „Zeugnis vom Untergang Königsbergs“ verwendet würden. Obwohl das Buch in Russland publiziert wurde, und die Autoren des Stücks es nicht benutzen, fürchten sich die Leiter der

Finnischen Tore, weil Wieck nicht nur die Wahrheit über die Nazis schrieb, sondern auch über die sowjetische Okkupation. Den Museumsdirektor wird kaum jemand auf die mögliche „antipatriotische“ Interpretation der Inszenierung aufmerksam gemacht haben. Er arbeitet in einem Umfeld, in dem die Angst echt ist, in dem jede Arbeit mit kritischer Kunst als Risiko erscheint.

Und das ist das Ergebnis des Angriffs auf die Meinungsfreiheit, über das sich die Fundamentalisten freuen können.

Anmerkungen

- 1) <http://rh-soyuz.ru/#manifest>.
- 2) Anm. d. Red.: „Vegetarische Zeiten“, in denen kein Blut fließt, also keine massive Repression herrscht. Als erstes Opfer gilt der Jurist Sergej Magnitskij, der in einem russischen Gefängnis zu Tode kam.
- 3) „Pastafaris“ sind Anhänger der Pseudoreligion *Church of the Flying Spaghetti Monster*; Anm. d. Red.
- 4) <https://www.svoboda.org/a/29758933.html>.
- 5) <https://lenta.ru/articles/2015/02/26/tangezdoc/>.
- 6) <https://thebell.io/tihon-shevkunov-esli-by-serebrennikov-poprosil-menya-o-vstreche-ya-by-bezuslovno-ne-otkazal/>.
- 7) <https://www.newkaliningrad.ru/afisha/theatre/news/22052006-fridlandskie-vorota-otkazalis-pokazyvat-spektakl-kantgrad-teatradoc.html>.

Übersetzung aus dem Russischen: Natalija Zenger.

Mikhail Kaluzhsky, Journalist und Theaterautor, bis vor kurzem Chefredakteur bei der russischsprachigen Abteilung von *openDemocracy Russia*. 2012–2014 kuratierte er das Theaterprogramm des Andrej Sacharov-Zentrums in Moskau.

Einladung zur G2W-Jahrestagung 2019

Donnerstag, 23. Mai 2019
Hauptgebäude der Universität Zürich, Hörsaal KOL-F-104
Rämistrasse 71, 8006 Zürich

16:00 Uhr Öffentliche Mitgliederversammlung

17:30 Uhr Apéro im Lichthof Süd

18:15 Uhr Abendveranstaltung:

Internationale Politik und Religion auf dem Balkan

Vortrag und Podiumsdiskussion mit

Dr. Armina Omerika, Juniorprofessorin für Ideengeschichte des Islam
an der Goethe-Universität Frankfurt am Main,

und Dr. Florian Bieber, Professor für Südosteuropäische Geschichte und Politik
an der Universität Graz und Direktor des dortigen Zentrums für Südosteuropastudien.

Detailliertes Programm auf www.g2w.eu

Veranstaltung in Kooperation mit dem Center for Eastern European Studies (CEES)
der Universität Zürich